

Erwachsene und der Zugang zur Bildung

Die Höhere Berufsbildung (formal), die Weiterbildung (nonformal) und die informelle Bildung sind wichtige Bereiche der Bildung von Erwachsenen. Alle drei Bereiche sind in Bewegung, sei es in Bezug auf die rechtlichen Regelungen, die Finanzierung oder die Verantwortlichkeiten. Die Gemeinsamkeit der Reformen in den drei genannten Bereichen ist, dass der Zugang der Erwachsenen zu diesen Bildungsbereichen verbessert werden soll. Denn nicht alle Erwachsenen können in genügendem Masse an der für sie vorgesehenen Bildung teilnehmen. Gerade unter den Erwachsenen nimmt die Schere zwischen den Bildungsschichten eher zu als ab.

Eine grosse Menge von Kompetenzen eignen sich die Erwachsenen **informell** an. Die Frage stellt sich: Wer hat Zugang zu den interessanten informellen Bildungsräumen, zum Beispiel in den Betrieben? Üblicherweise haben dies eher die gut qualifizierten Personen und weniger die gering qualifizierten. Ist der Tätigkeitsbereich einer Person zudem noch stark eingeschränkt, so besteht sogar die Gefahr, dass Erwachsene Einbrüche bei den Grundkompetenzen erleiden, so dass sie zum Beispiel immer schlechter lesen und rechnen können und den Zugang zu den neuen Grundkompetenzen (ICT) nicht finden. Zudem hängt die Evaluierung der informell erworbenen Kompetenzen stark von der Sprachfähigkeit der involvierten Personen ab. Dadurch sind auch in Bezug auf die Validierung der informellen Bildung die besser gebildeten Personen im Vorteil. Ein neuer Leitfaden soll der Zugang von gering qualifizierten Erwachsenen zur Validierung von informellen Bildungsleistungen verbessern.

Auch beim Zugang zur **nonformalen Bildung** (Weiterbildung) zeigen sich zwischen den Bildungsschichten grosse Unterschiede. Je besser jemand qualifiziert ist, umso grösser ist die Wahrscheinlichkeit, dass er oder sie (regelmässig) an einer Weiterbildung teilnimmt. Das hängt mit folgendem Setting zusammen: Besser qualifizierte Erwachsene verfügen meistens über mehr eigene Ressourcen, können mit grösseren Unterstützungsleistungen von Dritten (z.B. Betrieben) rechnen und sehen von ihrer Position her mehr Karrieremöglichkeiten. Ab 1. Januar 2017 gilt das neue Weiterbildungsgesetz WeBiG, welches Voraussetzungen schaffen möchte, die allen Personen die Teilnahme an Weiterbildung ermöglichen (Art. 4b WeBiG). Dazu fördern z.B. Bund und Kantone die Grundkompetenzen Erwachsener (Art. 13ff. WeBiG) und die Arbeitgeber sind aufgefordert, die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu begünstigen (Art. 5.2 WeBiG). Folgende Fragen stellen sich allerdings: Wird die öffentliche Hand genügend Geld für ihren Förderauftrag zur Verfügung stellen? Angesichts der finanzpolitischen Grosswetterlage ist dies eher fraglich. Und werden in Zukunft mehr Betriebe nicht nur ihr Interesse, sondern auch dasjenige der Mitarbeitenden in ihrer betrieblichen Weiterbildungspolitik berücksichtigen (Fürsorgeprinzip), was ja das Wort „begünstigen“ verlangen würde? Und werden aufgrund der gesetzlichen Neuregelung mehr Mitarbeitende ihr Interesse an Weiterbildung anmelden? Auch wenig qualifizierte Personen? Ein Monitoring sollte in Zukunft darüber Auskunft geben (Art. 19 WeBiG).

Die **Höhere Berufsbildung** (formal) gehört gegenwärtig zu den Prioritäten der Bildungspolitik. Sie ist auf der Tertiärstufe angesiedelt und orientiert sich stark am Arbeitsmarkt. Sie wird als wichtiger Teil einer Antwort auf die steigenden Anforderungen in der Wirtschaft verstanden (Spezialisierung, Höherqualifizierung, Führungskompetenzen), gedacht insbesondere auch für Personen mit einem Lehrabschluss, mit Praxiserfahrung, aber ohne Maturität. Sie soll gestärkt werden durch eine verbesserte Freizügigkeit der Studierenden, eine bessere Finanzierung zur Entlastung der Studierenden, die Einordnung in den

europäischen Qualifikationsrahmen EQR, einem aussagekräftigen diploma supplement, sprechende Berufstitel in den Landessprachen und in Englisch. Und auch durch Kampagnentätigkeiten. Die Zukunft wird zeigen, ob all die angestossenen Reformen insbesondere die Qualität, aber auch die Zugänglichkeit und das Prestige dieser Ausbildungen steigern können.

Bruno Weber-Gobet, Leiter Bildungspolitik Travail.Suisse